

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



## Aus aktuellem Anlass – zum BVG-Streik 1932

**Wie die Gegner der Arbeiterbewegung die Tatsachen verdrehen:** Der Anlass für diesen Nachdruck: die aktuellen Arbeitskämpfe bei den »Berliner Verkehrsbetrieben« und die Begleitung in etlichen Berliner Zeitungen mit Artikeln zum BVG-Streik von 1932. Auch die Kolleginnen und Kollegen, die sich im Ausstand befinden, haben diese Darstellungen interessiert zur Kenntnis genommen. Die Wandzeitung am BVG-Betriebshof in der Cicerostaße belegt dies. Beachtung findet bei ihnen vor allem die Konsequenz und Radikalität, mit der die BVG'er im November 1932 fünf Tage lang für ihre Interessen eintraten. Nach Kriegsende diente in der Bundesrepublik die verfälschende Darstellung der

Ereignisse von 1932 der These, der BVG-Streik sei ein Beleg für die Zusammenarbeit von NSDAP und KPD zur Beseitigung der Weimarer Demokratie. Auch die SPD und die Führungen der DGB-Gewerkschaften schlossen sich dieser »Geschichtsschreibung« an. Von den wirklichen Ursachen für den Sieg des Nationalsozialismus und der Rolle der bürgerlichen Parteien, der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) soll damit abgelenkt werden. Wir drucken deshalb noch einmal einen 1983 in der Arbeiterpolitik erschienenen Artikel ab. Vorweg noch einige Bemerkungen zur damaligen Situation.

Extradruck der Gruppe  
Arbeiterpolitik Berlin

# Der BVG-Streik von 1932 und die drohende Machtergreifung des Faschismus

Als die Beschäftigten im Nahverkehr Berlins am 3. November 1932 in den Streik traten, war das Ende der Weimarer Republik längst eingeläutet. Von 1929 bis Ende 1932 war die Zahl der Arbeitslosen auf 6 Millionen angewachsen, wobei die Zahl der nicht verdienenden Frauen nirgends registriert war. Eine Lohnabbauwelle nach der anderen hatte in den letzten Jahren den Lebensstandard großer Teile der arbeitenden Bevölkerung und vor allem der Erwerbslosen unter das Existenzminimum gedrückt. Durch eine staatlich verordnete Zwangschlichtung und mit Notverordnungen wurden die Interessen der Industrie- und Unternehmerverbände durchgesetzt.

## Der ADGB und die Politik der Arbeitsgemeinschaft

1914, als der deutsche Imperialismus den I. Weltkrieg mit vom Zaune brach und der Kaiser »keine Klassen sondern nur noch Deutsche« kannte, schlossen die Gewerkschaften mit der herrschenden Klasse und dem Kaiserreich einen Burgfrieden. Lohn- und Streikbewegungen wurden im nationalen Interesse eingestellt. Nach 1918 setzte der ADGB diesen Kurs mit der Politik der Arbeitsgemeinschaft fort. In enger Kooperation mit den Unternehmerverbänden und der Regierung sollten die Interessen der arbeitenden Menschen durchgesetzt werden. In Folge der Novemberrevolution von 1918 und der nach dem Krieg Anfang der 20er Jahre einsetzenden Stabilisierung und eines vorübergehenden Aufschwungs, konnten die Gewerkschaften auch tarifliche Erfolge vorweisen.

## Die Zerschlagung der Tarifverträge

Die Weltwirtschaftskrise setzte dem ein jähes Ende. In Kooperation – sprich Sozialpartnerschaft – mit dem Gegner ließen sich noch nicht einmal die errungenen Erfolge verteidigen. Die Gewerkschaften des ADGB gaben in den letzten Jahren der Weimarer Republik die seit 1918 errungenen tariflichen Regelungen schrittweise preis. Den Angriffen auf die Tarife und die Existenz der Gewerkschaften selbst hätte nur begegnet werden können, in dem sich die Gewerkschaften gegen die Ursachen der sich ständig verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen, gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung wandten. Doch dazu waren die Gewerkschaftsführungen nicht bereit und nicht fähig. Der BVG-Streik war das letzte praktische Beispiel dafür, bevor sechs Monate später die gesamte Arbeiterbewegung, einschließlich ihrer sozialdemokratischen Mehrheit, zerschlagen wurde.

Aus dem sozialen Absturz großer Teile des Kleinbürgertums und aus der rasant gestiegenen Massenarbeitslosigkeit und Armut konnten die Nazis politisch profitieren. Begünstigt wurden sie, weil die Gewerkschaften angesichts der Weltwirtschaftskrise bei der Wahrnehmung ihrer eigentlichen Aufgabe, der Verteidigung bzw. Anhebung der Löhne, völlig versagten.

## Machtergreifung der NSDAP und Vernichtung der Gewerkschaften

Im November 1932 hatte sich die NSDAP die finanzielle Unterstützung einflussreicher Kreise der deutschen Industrie gesichert. Diese sahen in den Nationalsozialisten das letzte Bollwerk gegen eine soziale/proletarische Revolution in Deutschland. Auf den Faschismus setzten die deutschen Industrie- und Finanzkonzerne zunehmend, nachdem ihre politischen Vertreter, die Zentrums- und die rechtsbürgerliche Deutschnationale Volkspartei und die Nationalliberale Partei sich bei der Bevölkerung diskreditiert hatten. Die deutsche Bourgeoisie war bereit auf ihre politische Herr-

schaft mittels dieser bürgerlichen Parteien zu verzichten, um die kapitalistische Ordnung und ihre gesellschaftliche Stellung zu retten. Die NSDAP bot sich für diese Aufgabe an. Die bürgerlichen Wähler mit ihren Parteien liefen entweder zu den Nationalsozialisten über oder kapitulierten kampfflos vor dem Machtanspruch des Faschismus.

Bei der Beseitigung der Weimarer Republik spielte auch das Hugenberg-Press-Imperium eine entscheidende Rolle. Deren Zeitungen hatten mit ihrer Hetze gegen die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien die Angriffe des Unternehmerlagers gerechtfertigt und unterstützt und sich gleichfalls in den Dienst der »nationalen Sache« gestellt, die zunehmend von der NSDAP repräsentiert wurde. Alfred Hugenberg wurde von Hitler als Minister in das erste Kabinett berufen.

Das Verschweigen der Zusammenhänge und die Verfälschung der tatsächlichen Ereignisse vom November 1932 dienen der Verschleierung der Rolle, die sowohl die deutsche Industrie als auch die bürgerlichen Parteien bei der Herausbildung und für den Sieg des Nationalsozialismus spielten. Die SPD als auch die Führung des DGB haben sich dieser »Geschichtsdarstellung« angeschlossen, um von ihrem damaligen »Versagen« abzulenken. Nur sechs Monate nachdem die ADGB-Führung dem Arbeitskampf der BVG-Beschäftigten die gewerkschaftliche Unterstützung verweigert hatte, riefen sie die Gewerkschaftsmitglieder auf, am 1. Mai 1933 gemeinsam mit den Nationalsozialisten den »Tag der Arbeit« zu feiern. Die Hoffnung, durch die restlose Anpassung die eigene Existenz retten zu können, erfüllte sich nicht. Die Nationalsozialisten konnten auf den ADGB zur Sicherung des sozialen Friedens und ihrer Herrschaft verzichten. Am 2. Mai 1933 stürmte die SA die Gewerkschaftshäuser, die Gewerkschaften wurden verboten.

Berlin, 17. 3. 2008 ■

Über den Verlauf der diesjährigen Tarifrunde unter anderem bei der BVG und der BT (Berlin Transport GmbH, von der BVG 2000 gegründete Fahrdiensttochter) berichten wir in den regulären Ausgaben der Arbeiterpolitik.

Neu erschienen – Reprint der Broschüre:

### **Das Verbrechen an den Eisenbahnern.**

### **Der Februar-Streik und seine Lehren**

von Paul Frölich, Mitglied des Reichstages

1922, Vereinigung der Internationalen Verlagsanstalten  
40 Seiten, A5-Format

Abgabe zum Selbstkostenpreis von 2,50 EUR  
in Briefmarken an das Postfach der GFSA e.V.  
Postbox 106426 – D-20043 Hamburg

## **Arbeiterpolitik**

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller  
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des  
Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«